

ZEHN GESELLSCHAFTSPOLITISCHE EINSICHTEN INSPIRIERT VON JIM BUCHANAN

Große Denker bieten zeitlose Einsichten. Inspiriert durch die exzellente, online verfügbare Einführung in [Buchanans Werk](#) von Donald J. Boudreaux und Randall G. Holcombe halte ich folgende 10 Einsichten fest:

1. Kollektive können nicht handeln

Weder die Gesellschaft handelt noch der Staat oder die Regierung. Individuen handeln. Es sind stets einzelne Menschen, die in einer spezifischen Rolle handeln, privat, politisch als Bürger, beruflich als Politiker oder Bürokrat, offenkundig auch als Unternehmer.

Die Missachtung dieser Tatsache, getrieben von einer Sehnsucht nach Einheitlichkeit und Eindeutigkeit, führt zu Verwirrung und Fehleinschätzungen. Eine Kollektivgröße, eine Menge X von Individuen, erfährt weder Vorteile noch Nachteile. Das Kollektiv profitiert nicht und bekommt keine Kosten auferlegt.

#Nur Individuen handeln

2. Moralisch ist kein Mensch einem anderen übergeordnet

In ethischer Sicht gilt: Keine Meinung, keine Präferenz, keine Moral kann im Verhältnis zu einer anderen privilegiert werden. Die moralische Gleichwertigkeit eines jeden Menschen gilt auch angesichts der Tatsache, dass Menschen unterschiedlich klug, gebildet, erzogen und wohlhabend sind oder aus höheren Kreisen stammen. Primär auf Moral lässt sich keine Gesellschaft aufbauen – vielmehr bildet das Recht der Freiheit die Grundlage.

#Moralvorstellungen sind heteronom

3. Die Staatsschulden werden an die nächste Generation weitergegeben

In jeder Generation müssen die Steuerzahler die Staatsschulden der vorherigen Regierung mit abzahlen. Was im Vorhinein verbraucht wurde, steht später nicht zur Verfügung. Rauswachsen ist nicht möglich, da das Wachstum geringer ausfällt. Ein weiterer Irrtum ist,

dass mit Steuern bezahlte Staatsprojekte genauso behandelt werden können wie die mit Staatsschulden finanzierten. Völlig verfehlt ist die Auffassung, Schulden im privaten seien problematisch, aber Staatsschulden stets eine gute Wahl oder gar tugendhaft.

#Schulden: privates Laster als öffentliche Tugend

4. Das Gemeinwohl gibt es nicht

Das Gemeinwohl ist eine Fiktion. Alles Wohl ist individuell. Und der Staat kann ein Gemeinwohl auch nicht maximieren. Es gibt kein Gemeinwohl, das über dem Wohl des Individuums steht. Tatsächlich ist das sogenannte Gemeinwohl regelmäßig das Wohl einer Gruppe. Da die Angehörigen des Staatsapparates nicht allwissend sind, kennen Politiker und Bürokraten fast immer nicht die zahlreichen Folge- und Rückwirkungen ihrer Maßnahmen. Letztlich kann die Veränderung eines individuellen Wohls erst von den Betroffenen selbst festgestellt werden, nachdem die Politik Wirkung zeigt.

#Gemeinwohl als Gruppenwohl ohne Regulierungsschäden

5. Opportunitätskosten: Jede Wahl ist mit Kosten verbunden

Jeder kann einen Geldbetrag nur für eine Sache ausgeben und nicht zugleich für eine andere. Das gilt auch für investierte Zeit. Daher sind mit jeder Wahl und jedem Nutzen zugleich Kosten für eine entgangene, nicht gewählte Option verbunden. Den Nutzen und die Kosten kann nur ein Individuum selbst ermessen und seine entsprechende Wahl treffen. Das gilt umso mehr als weniger der bezifferbare monetäre Betrag entscheidend ist als die individuell wert geschätzte Sache selbst.

#Jeder wählt selbst am besten – keine Wahl ohne Reue

6. Externe Effekte des Marktes werden regelmäßig mit externen Effekten des Staates behandelt

Externe Effekte entstehen, sobald Kosten oder Nutzen die Menschen betreffen, die nichts mit den Handlungen zu tun haben. Ein Beispiel ist die Luftverschmutzung ein anderer Wohnungsmangel. Die übliche Verfahrensweise ist das Auferlegen einer Steuer oder die Regulierung des Verursachers durch den Staat. Das Problem ist, dass die politische Behandlung selbst regelmäßig externe Effekte verursacht. Mehrheiten erlegen im politischen Prozess Minderheiten Kosten auf – besserer marktlicher Umweltschutz wird durch schlechteren staatlichen verdrängt, Mieter werden bevorzugt, Vermieter benachteiligt.

Private Externalitäten werden dann durch staatliche Externalitäten ersetzt, die selten beziffert werden. Das nennt man Staatsversagen – es resultiert aus der Anmaßung von Wissen und fehlenden Anreizen der Politiker, mehr als nur eine Interessengruppe besser zu stellen.

#Staatsversagen ersetzt Marktversagen

7. Prozessdenken statt Ergebnissen in der politischen Ökonomie

Jedes Individuum hat seine eigenen, persönlichen Ziele und Wünsche. Im Austausch mit anderen Menschen lassen sich diese realisieren: Arbeitsteilung und Kooperation sind die Mittel. Die Wirtschaftswissenschaften sollen diesen Prozess analysieren und nicht Ergebnisse optimieren. Niemand maximiert seinen Nutzen. Jedermann strebt nach der Lösung seiner Probleme und der Verbesserung seiner Situation. Interaktion und Kooperation dienen der Verbesserung der Position beider Seiten. Der Koordinationsprozess sollte frei von Hindernissen **laufen, nicht ein Ergebnis ökonomisch oder politisch angestrebt werden.**

#Unsichtbare Hand statt sichtbare Faust

8. Jede Politik beruht auf einer Prognose, die regelmäßig fehlerhaft ist

Anders als in den Naturwissenschaften gibt es in den Sozialwissenschaften keine oder kaum exakte Gesetze, die das Verhalten der Individuen genau beschreiben und prognostizierbar machen. Es gibt Gesetze wie Angebot und Nachfrage. Allerdings entscheiden Menschen selbst wie sie zukünftig handeln wollen. Das erschwert Politik. Jede Politik beruht auf einer Prognose, auf einer Annahme von Ursache und Wirkung. Diese steht aufgrund des begrenzten Wissens regelmäßig auf wackligen Füßen. Menschen handeln individuell und anders als politisch geplant.

#Politik ist Gestaltungsabsicht und eine Wette auf die Zukunft

9. Zustimmungsfähige Politik erfordert einen Minimalstaat

Individuen tauschen, weil sie sich besserstellen möchten. Viele Tauschgeschäfte werden nicht nur zwischen zwei Individuen durchgeführt, sondern beruhen auf der Mitwirkung vieler. In kollektiven Organisationen geschieht das freiwillig, z.B. in Unternehmen. Andere setzen Zwang ein, vor allem die Regierung. Dafür ist idealerweise die Zustimmung aller Menschen erforderlich, sonst herrschen einige Menschen über viele. Im Fall des schützenden Staates ist das bereits schwierig, aber wegen fast ausnahmslos gewünschter Sicherheit einfacher als

beim wirtschaftlich aktiven Staat. Auch erwünschte Kollektivgüter erfordern eigentlich die individuelle Zustimmung aller. Das ist jedoch unpraktikabel. Eine Annäherung an dieses ist möglich, wenn Staatsaktivitäten eng begrenzt und der Staat maximal kontrolliert werden kann. Aufgabe des Ökonomen ist es, Auswirkungen von Regeländerungen zu identifizieren – jeder sollte von der Änderung profitieren, die wirtschaftliche Leistung sollte wachsen.

#Minimaler Staat und maximale Zustimmung

10. Was sollten Ökonomen tun?

James Buchanan hat gezeigt, dass die Ökonomen von heute ihren Schwerpunkt auf die Verteilung von Gütern legen. Das führt dazu, dass Ökonomen zu sozialen Planern geworden sind, welche aufgehört haben zu analysieren, wie Märkte und Tausch innerhalb von verschiedenen Institutionen funktionieren. Buchanan spricht sich für eine fundamentale Alternative im Denken der Ökonomen aus, bei dem der Tauschprozess (wieder) in den Mittelpunkt rückt. Wirtschaft ist ein Prozess der Anpassung und der individuellen Entscheidungen. Dazu gilt es menschliches Handeln in seiner Komplexität und seinen oftmals unbeabsichtigten Auswirkungen zu verstehen.

#Prozesse der spontanen Ordnung analysieren

